

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,80 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die "Freiheit" ist in dem ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verlagsdruckerei: Amt Norden 2595 und 2596.

Interests kosten bis achtgerahlt. Nonparillizelle oder denn Neum 80 Pf. Kleine Anzeigen das Freitagende Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Erzeugungsbeitrag 50 %. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inzertat für den bezogen folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Verlagsdruckerei: Amt Norden 9785.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Friedensverhandlungen.

Von R. Kautsky.

I. Die Friedensdelegation.

Endlich, fast ein halbes Jahr nach Abschluß des Waffenstillstands, nähern wir uns dem Zeitpunkt, in dem wir erfahren, unter welchen Bedingungen Deutschlands Gegner mit ihm Frieden schließen wollen; nähern wir uns dem Zeitpunkt, der der unerträglichen Abkühlung der Völker von einander ein Ende machen und die Welt wieder auf die Basis des internationalen Verkehrs stellen soll, auf welcher Basis allein sie unter den modernen Bedingungen zu bestehen vermag.

Die Einleitung zu den Friedensverhandlungen ist indes nicht sehr verheißungsvoll. Noch kennt man die vornehmsten Friedensbedingungen nicht und schon geht eine Welle ethischer Entrüstung und nationaler Empörung durch die deutschen Lande, so daß man fast sagen kann, hervorgerufen von der Reaktion selbst. Man glaube doch ja nicht, daß dieses Krachreden des nationalen Hasses drüber unbemerkt bleibt. Es ist Wasser auf die Mühle der unversöhnlichsten Elemente unter unseren Gegnern, es schwächt diejenigen Kräfte, die uns entgegenkommen wollen.

Die Sache wird nicht verbessert durch die Versionen der Unterhändler, die man nach Paris sieht. Im letzten Moment ist durch die Ausschaltung Davids eine grobe Propaganda der Gegner vermieden worden. Doch Landshera ist in puncto Rationalismus um kein Haar besser.

Es ist klar, daß nach welchen Gesichtspunkten die Friedensdelegation ausgewählt wurde. Unmöglich aber können dafür maßgebend gewesen sein das internationale Recht und das Verständnis für die Wünsche und die Bedürfnisse des Auslandes, das bei den einzelnen Mitgliedern zu finden ist. Und doch ist ohne solches Verständnis ein Erfolg der deutschen Friedensunterhändler aufzusehen. Die Vertretung eines besiegten Staates stellt bei Friedensverhandlungen weit höhere Anforderungen an das Wissen und das Verständnis, als die Vertretung des Siegers. Es genügt nicht, die Bedürfnisse des einen Staates zu kennen. Man muß auch mit denen des Gegners so weit vertraut sein, daß man weiß, was für ihn eine Lebensfrage ist und wo ihm Konzessionen abgerungen werden können.

Man ist nur zu sehr geneigt, bei den Gegnern heute nur Imperialismus und Eroberungsstucht zu sehen, und die radikale Presse hat da der nationalen nicht selten Vorwand geleistet. In Wirklichkeit werden aber manche der Friedensbedingungen, die uns als maßlose Härte erscheinen, nicht bloß von den Imperialisten, sondern auch von weiten Kreisen sehr friedfertiger, jeder Eroberungsstucht fernstehender Arbeiterkreise in Frankreich und England verfochten. Wir haben keine Aussicht, diese Härten zu mildern, wenn wir ihre Ursachen nicht verstehen und nach Mitteln suchen, ihnen gerecht zu werden.

Wird bloß Clemenceau und sein Kabinett sind daran schuld, daß die für Deutschland schwersten Forderungen von Frankreich ausgehen. Die Masse seiner Bevölkerung steht unter dem Druck der Tyrannei, daß Frankreich — durch den Krieg weit mehr ruiniert wurde als Deutschland und daß dieses für Frankreich gefährlicher werden kann, als für England oder Amerika.

Deutschland wurde durch den Krieg ökonomisch ruiniert. Sein technischer Apparat wurde stark abgenutzt, aber nicht zerstört. Frankreich wurde durch den Krieg nicht nur ökonomisch auf's schwerste mitgenommen — sein nördliches Gebiet, das industriellste und reichste des Landes, wurde durch die deutsche Invasion in eine Wüste verwandelt, seine Landwirtschaft, seine Bergwerke, seine Fabriken zerstört. Frankreich ist in der verwerflichsten Lage, wenn es aus eigener Kraft allein aus den Ruinen seines Lebens schaffen soll. Deutschland ist verpflichtet, nach Kräften dabei zu helfen durch Lieferung von freiwilligen Arbeitskräften, von Maschinen, von Rohstoffen. Andererseits läßt sich Frankreich aufs äußerste bedroht durch die Uebermacht Deutschlands. England und Amerika haben von Deutschland nichts zu befürchten, so lange ihre Flotten das Meer beherrschen. Aber Frankreich mit seinen 40 Millionen Menschen grenzt an Deutschland, das noch seiner Vereinigung mit Deutschland bald 80 Millionen zählen wird. Kommt in Deutschland wieder ein erobertes Gebiet auf, dann kann es Frankreich erdrücken. Davor banat den Franzosen und deshalb ihr Interesse für ein starkes Polen und Tschechien und für die Waffenslosigkeit des linken Rheinufers.

Schnen hier alle, möglichen Garantien an geben, die vereinbar sind mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, wird eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Friedensunterhändler sein.

II. Die Schuldfrage.

Über freilich, sie werden einen höheren Stand haben, wenn die Regierung sich nicht entschließen kann, mit dem

Maiaufruf der Internationale.

Die auf der Berner internationalen sozialistischen Konferenz einseitige Kommission erläßt folgenden Aufruf:

An die Arbeiter der ganzen Welt!

Gesellen, wir müssen aus dem 1. Mai eine Feiertage machen. Der Krieg ist beendet. Die Internationale hat sich von neuem in Bern vereinigt. Es ist wahr, noch ist Europa geschlagen und blutet. Die Leiden des Krieges lassen sich nicht in einem Tag überwinden. Große private Interessen haben sich mit dem Militarismus verschworen, um einen imperialistischen Frieden zu machen und, um die internationale Rivalität und Ungerechtigkeit fortzubauern zu lassen, wagen sie es, das alte System der stehenden Heere, der großen Rüstungen und den Krieg selbst aufrecht zu erhalten. Die Arbeiter werden diese Politik bekämpfen.

Die Arbeiter der ganzen Welt werden an diesem Tage ihre Stimme zu dem lauten Ruf erheben: Wir wollen keinen Krieg mehr, wir wollen keinen kapitalistischen Imperialismus mehr, der zum Kriege führt.

Regierungen, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, wünschen eine heilige Allianz herbei, die durch die Gewalt und die Diplomatie ihrem Willen auferlegt. Wir aber arbeiten an der Errichtung einer Gesellschaft der Nationen, gegründet auf die brüderliche Zusammenarbeit der Völker.

Unsere Forderung an diesem 1. Mai ist eine Gesellschaft der Nationen, gestützt auf die Demokratien und durch sie kontrolliert, nicht eine Liga der Regierungen, nicht eine Liga der Diplomaten, sondern eine Gesellschaft der Völker.

Die Völker wünschen keine Armeen. Sie wollen keinen Krieg. Sie wollen ihren Regierenden das Recht nehmen, Krieg zu führen. Sie wollen in Frieden und Sicherheit der Anarchie der kapitalistischen Produktion entgegen, wollen die Weltwirtschaft verteilung außerhalb jeglichen Monopols der Gewalt organisieren, und so den Wohlstand aller vorbereiten.

Wir gründen die Vereinigung der Nationalitäten, die gegen ihren Willen unter der Tyrannei militärischer Staaten handlung. Wir leugnen das Recht, den Nationalitäten durch Eroberung ein neues Joch aufzubürden. Wir proklamieren das unveräußerliche Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen. Wir verlangen, daß die Völkerheiten im Schoße jedes Staates, in dem sie ihr Dasein führen, durch die Gesellschaft der Nationen ihre Freiheit und ihre eigene Kultur garantiert erhalten.

Mit Bitterkeit hat die Arbeiterklasse festgestellt, daß die Regierungen es nicht verstanden haben, schnell einen dauerhaften Frieden durch eine Methode der Mäßigung und der Demokratie, die den Zusammenstoß aller Völker wieder angelähmt hätte, herbeizuführen.

Die Bestrafung der Völker und nicht die Sühne sollte die territorialen Fragen regeln. So oft dieses Prinzip angewendet wurde, haben die Schwierigkeiten noch immer geendet werden können. Wenn man sich ihm aber entzog, dann haben Konflikte und Widerstände neue Störungen hervorgerufen.

Wir widerstehen uns jeder Annexion, die die Freiheit der Völker verletzen würde, wir, die wir die Freiheit des Verkehrs, des Wortes und der Presse verlangen, die wir das Recht des Kapitalismus auf Ausbeutung der Produktions zurückweisen. Wir lehnen aus demselben Grunde auch das Recht der imperialistischen Staaten auf Ausbeutung der Nationalitäten ab.

In diesem Jahre feiern wir unseren 1. Mai in mitten von Ruinen. Und doch können wir uns freuen: die Demokratie steigt empor und breitet sich aus. Ohne Zweifel ist sie durch reaktionäre Verschwörungen und reaktionäre

Tyrannie bedroht. Wer wir sind des Glaubens, daß Demokratie und Sozialismus untrennbar sind, daß die politische Macht des Proletariats und seine ökonomische Befreiung nicht voneinander getrennt werden können.

Die Arbeiterklasse hat zu dieser Stunde eine besondere Pflicht zu erfüllen. Die Kapitalisten suchen den Krieg auszunutzen. Sie haben trotz der Kriegsteuern Milliarden Profite in die Taschen gesteckt. Sie wollen auch gerne noch erreichen, daß die Arbeiter die Kriegsschulden bezahlen. Unter dem Deckmantel des Patriotismus und der nationalen Entschuldigungen wollen sie neue Gebiete annektieren, Kolonien zu wirtschaftlicher Ausbeutung und persönlichem Profit rauben. Die großen Industriearbeiter haben in allen Ländern vor dem Kriege durch die Bewaffnung der Völker gemeinsame Profite gemacht. Sie verfolgen auch heute die gleiche Politik, die aus dem Kriege, der Armut und der Zerstörung neue kapitalistische Profite zu ziehen sucht.

Dem Kriege muß eine große „Kubelung“ des Reichtums folgen, damit der nationale Reichtum, der sich jetzt in den Händen der Privatkapitalisten befindet, den nationalen Bedürfnissen nutzbar gemacht werden kann und nicht länger nur dem Nutzen einer kleinen Zahl dient.

Der Lohnarbeiter kann nicht wieder in seine alte wirtschaftliche Lage zurückversetzt werden. Bei dem Wiederaufbau der Welt wird die Arbeit einen anderen Platz beanspruchen als früher. Immer noch stellt der Kapitalismus dar, die Arbeit ihres Ranges zu entkleiden, aber jetzt ist die Arbeit in besserer Verteilung zu stellen. Das in Bern ausgearbeitete Arbeiterprogramm ist das Mindestmaß dessen, was die Arbeiter fordern, und in der ganzen Welt wird nun die Arbeit gleichen Schritt vorwärts gehen.

Der Aufruf entwickelt dann die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse, Achtstundentag, Recht auf Bildung, Verbesserung, Schutz der Frauen und Kinder, Kooperationsrecht, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, internationale Arbeiterschaftsgesetzgebung usw. Der Aufruf schließt:

„Die Sache der Arbeiter ist überall in der Welt die gleiche. Gesellen! Wir stehen vor einer neuen Welt. Die alte Welt ist durch die desorganisierenden Kräfte des Imperialismus, des Militarismus und des Kapitalismus aus den Fugen gegangen. Wie der Sozialismus es vorausgesehen hat, so ist die alte Ordnung der Dinge durch eigenen Erkenntnis zugrunde gegangen. Sollen wir mit und auf ihren Trümmern das alte Gebäude der Ausbeutung und Ungerechtigkeiten neu errichten? Arbeiter, das hängt von Euch ab!

Über alle Widerstände der alten Welt, über ihre eigenen laienhaften Reformversuche hinweg arbeitet die Arbeiterklasse an der Gestaltung der neuen Welt. Die jetzt wieder erstandene Internationale ist ganz erfüllt vom Arbeiterwillen. Die Internationale ist die die Gesellschaft der Nationen dauerhaft machen wird. Sie wird sie auf einen höheren Stand lenken, wird sie für den Frieden immer reicher entwickeln, schrittweise und lebendiger wirtschaftliche Einrichtungen und demokratische Lebensformen schaffen.

Daß uns daher unseren 1. Mai dazu weihen, den Grundstein zur neuen sozialen Ordnung zu legen, die auf Gerechtigkeit und Frieden begründet und allen Völkern gemein ist im Triumph der Freiheit und der Demokratie!

Wögen der Sozialismus und die Internationale das Losungswort der Arbeiter der ganzen Welt sein.

Die Internationale sozialistische Kommission der Berner Konferenz. (E. S. I. C. S.)

alten Regime soweit zu brechen, daß sie die Akten über den Ursprung des Krieges veröffentlichen.

Serr Craberaer hat jüngst im Friedendankbuch der Nationalversammlung erklärt (noch dem Bericht des Wolffschen Bureau), daß Deutschland nicht einseitig die Akten der Öffentlichkeit übergeben kann. Das heißt doch nichts anderes, als daß die Akten nicht erscheinen sollen und daß die ganze Arbeit an den Akten bloß pour le roi de la Russie gemacht wurde.

Das ist buchstäblich, nicht bloß in dem Sinne, in dem man früher, angesichts der hohemollertischen Quisquasität ein Arbeiten für nichts als ein Arbeiten für den König von Preußen bezeichnete.

Die Konferenz scheint der Ansicht zu sein, die Veröffentlichung der Akten über den Kriegsausbruch bedeute nur eine Gefährdung, die sie der Entente erweise, und zu der sie ohne eine entsprechende Gegenmaßnahme keinen Anlaß habe. Sie scheint keine Ahnung davon zu haben, daß die Veröffentlichung der Akten eine Pflicht ist, die sie nicht

dem Auslande, sondern dem deutschen Volke schuldet. Daß dieses Anspruchs darauf hat, die Wahrheit über seine frühere Regierung zu erfahren und daß es unerbittlich ist, den Ruin zu dieser Wahrheit ohnmächtig zu machen von dem Verhalten des Auslandes. Wenn die Regierung die Akten nicht veröffentlicht, stellt sie sich schuldig vor das alte Regime und beneht damit, als Regierung der Revolution, eine Pflichtverletzung.

Sie schließt die Revolution, aber auch das ganze deutsche Volk, denn dadurch, daß sie sich solitarisch stellt mit dem alten Regime, daß sie glaubt, die Gesamtmeinung seiner Feinde würde sie selbst schädigen, veranlaßt sie den Eindruck im Ausland, man dürfe dem neuen Deutschland ebensowenig trauen wie dem alten. Damit werden die Friedensbedingungen, die wir erlangen, nicht verbessert, wird bei unseren Gegnern der Eindruck der Elemente des Imperialismus, der Mordlust sowie des Mißtrauens und der Furcht Deutschland gegenüber verstärkt und der Einfluß derjenigen zurückgedrängt, die eine Politik des Fortschritts und der Freundschaft heiligmachen.

III. Die Friedensbedingungen.

Unter diesen Umständen müssen wir wohl damit rechnen, daß die künftlichen Friedensbedingungen nicht an den Grundrissen Wilsons entsprechen, daß etwa Danzig direkt oder indirekt polnisch wird und das Saarbecken für fünfzehn Jahre unter französische Verwaltung kommt.

Derartige Bedingungen brauchen nicht so hart zu sein wie die Frankreich 1871 von Bismarck oder die fünf von den Mittelmächten Rumänien auferlegten oder die Frankreich im Falle des deutschen Sieges zugedachten. Aber sie würden auch, wenn sie dahinter zurückblieben, offene Wunden bilden, die nicht heilen wollten, die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Völkern hemmen, den Widerstand der Vergewaltigten hervorrufen, neue Konfliktpunkte schaffen, die Beunruhigung der Welt verlängern und neuen Kriegen den Weg ebnen.

Wenn die Entente auf beraten ist, wird sie solche Bedingungen nicht fordern. Aber die internationale Verständigungslosigkeit ist leider nicht bei unseren Friedensunterhändlern allein zu finden. Am nächsten verhält man das deutsche Volk auch nicht. So ist bei der beiderseitigen Unwissenheit und Verständigungslosigkeit Schlimmes zu befürchten.

IV.

Was haben wir in solchem Falle zu tun? Zwei Wege sind möglich. Entweder man unterschreibt den Friedensvertrag, trotz aller Härten, Ungerechtigkeiten, vielleicht sogar Unmöglichkeit, die er enthält. Dieses Unterschreiben bedeutet keineswegs, wie immer behauptet wird, Zustimmung. Es wird kaum einen Friedensvertrag in der Weltgeschichte geben, dem der Besiegte zustimmte. Er unterschrieb stets unter dem Zwange der Not. So verstand sich Vreuchen 1871 zum Vertrag von Tilsit, der ihm die Hälfte seines Gebiets nahm, so unterschrieb Frankreich 1871 den Frankfurter Frieden, der es um Elsass-Lothringen verkleinerte.

Aber allerdings, wenn die Vertreter Deutschlands jetzt einen Frieden unterzeichnen, der unvereinbar ist mit den Wilsonschen Grundrissen, dann müssen sie klar erkennen lassen, daß Deutschland sich dabei nicht beruhigen kann. Sie müssen darauf hinweisen, daß man alles aufbieten wird, die der Selbstbestimmung der Völker widersprechenden Bestimmungen baldmöglichst zu einer Revision zu bringen. Nicht durch einen neuen Krieg — dies Seilmitel wäre weit schlimmer als das Uebel selbst, wäre direkter Selbstmord des ganzen deutschen Volkes — sondern durch die Kräfte der internationalen, vor allem der proletarischen Demokratie.

Man veresse nicht, daß der Frieden nicht mit einem Staate allein geschlossen wird, sondern mit einer ganzen Koalition von Staaten mit sehr verschiedenen Interessen. Das machte es so schwer und so langsam für die Geaner, sich auf bestimmte Friedensbedingungen zu einigen, das macht es fast unmöglich, daß sie einem vergewaltigten Deutschland gegenüber einmütig bleiben, sobald einmal das Moment gekommen ist, das sie zusammenzieht, die Furcht vor der Welt Herrschaft der deutschen Militarmonarchie. Heute schon nehmen Amerika und Italien, ja selbst England, Deutschland gegenüber eine andere Haltung ein als Frankreich. Das kann manche dieser Staaten zu direkter herablicher Freundschaft mit Deutschland führen, wenn einmal nach zwei bis drei Jahren die Kriegspolizei verschwunden ist und die deutsche Politik jeder Spur von Militarismus entleert und sich ganz auf Werke des Friedens konzentriert.

Noch wichtiger aber muß innerhalb jedes der einzelnen dieser Staaten in den nächsten Jahren der Einfluß des Proletariats werden, der überall rapid wächst und die Tendenzen einer friedfertigen, auf Selbstbestimmung der Nationen gerichteten Außenpolitik unwiderstehlich macht, sobald sie mit einem friedlichen proletarischen Deutschland zu tun bekommen.

Einer klugen deutschen Politik, die im engeren Einvernehmen mit der proletarischen Internationale vorreht, müßte es unter diesen Umständen gelingen, eine Revision aller jener Bestimmungen des Friedensvertrages herbeizuführen, die die Kräfte des deutschen Volkes übersteigen, es verkräften oder die Selbstbestimmung einzelner seiner Teile beeinträchtigen.

Aber allerdings, diese Politik erfordert Vertrauen zum internationalen Proletariat und Verzicht auf jede eigene Gewaltpolitik.

Deutsche Vorschläge zum Völkerbund.

Die deutsche Regierung hat für die Errichtung eines Völkerbundes Vorschläge ausgearbeitet, deren grundlegender Teil lautet:

1. Der Völkerbund soll durch obligatorische Schlichtung internationaler Streitigkeiten unter Verzicht auf Waffengewalt den dauernden Frieden zwischen seinen Mitgliedern auf die fittliche Macht des Rechts gründen und als internationale Arbeitsgemeinschaft dem geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit dienen.

Er wird auf ewige Zeiten geschlossen und bildet eine Einheit zur gemeinsamen Verteidigung nach außen.

Die Mitglieder gewährleisten einander ihren territorialen Besitz und enthalten sich gegenseitig der Glumischung in innerpolitische Angelegenheiten.

2. Besondere Zwecke des Völkerbundes sind:

- a) die Verhütung internationaler Streitigkeiten;
- b) Abrüstung;
- c) die Sicherung der Verkehrsfreiheit und der allgemeinen wirtschaftlichen Gleichberechtigung;
- d) der Schutz der nationalen Minderheiten;
- e) die Schaffung eines internationalen Arbeitervereins;
- f) die Regelung des Kolonialwesens;
- g) die Zusammenfassung beschwerter und künftiger internationaler Einrichtungen;
- h) die Schaffung eines Weltparlamentes.

3. Der Völkerbund umfaßt:

- a) alle kriegsführenden Staaten einschließlich der während des Krieges neu entstandenen;
- b) alle neutralen Staaten, die dem Völkerbund beigetreten sind;
- c) alle anderen, wenn sie von zwei Dritteln der bereits vorhandenen Bundesmitglieder zugelassen werden.

Dem Völkerbund steht der Eintritt in den Völkerbund vorbehalten.

4. Die Mitglieder verpflichten sich, keinen dem Zwecke des Bundes widersprechenden Sondervertrag abzuschließen, aus dem

Schmelzabkommen irgend welcher Art zu treffen. Bestehende Verträge solcher Art sind aufzuheben.

Geheime Verträge sind nichtig.

In zehn weiteren Abschnitten werden die Einzelheiten des zu errichtenden Völkerbundes (Verfassung, Friedliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten, Abrüstung usw.) festgelegt.

Offizielle Einladung der deutschen Delegierten.

Der Divisionsgeneral Rudant, Vorsitzender der ständigen interalliierten Waffenstillstandskommission, hat an den Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission folgende Note überliefert:

Der Marschall-Oberbefehlshaber der alliierten Armeen telegraphiert am 22. April über die Nummer 2093:

Wollen Sie die folgende Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen der deutschen Regierung übermitteln:

1. Die deutschen Delegierten können abreisen, wenn sie hierzu bereit sind. Die deutsche Regierung wird gebeten, den Termin ihrer Abreise so schnell wie möglich bekannt zu geben. Ihre Reise im alliierten Gebiet wird so geregelt, daß sie abends in Versailles ankommen, um in Ruhe sich einzurichten zu können.
2. Die deutschen Delegierten werden jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Mission haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telephonische Verbindung mit ihrer Regierung.
3. Die deutschen Delegierten können schon jetzt ihre Dreimitgliederkommission nach Versailles senden, um die Unterbringung vorzubereiten.

gez. Rudant.

Friedensumgebung der französischen Gewerkschaften.

Die „Confédération Générale du Travail“ (Der französische Gewerkschaftsbund) erläßt folgenden Aufruf „An die öffentliche Meinung“ Frankreichs und „An die Arbeiter“: „Vom August 1914 an bis zum November 1919 hat man uns gesagt und wiederholt, wir führten einen Krieg des Rechts. Diese Versicherung schloß in sich, daß der Friede den Völkern das Recht der Selbstbestimmung bringen, und daß er auf der allgemeinen Abrüstung beruhen würde, der einzigen Maßnahme, welche die Liquidation der Kriegsschulden möglich machen könnte.“

Heute bricht man mit diesem feierlich abgegebenen Versprechen. Unsere Diplomaten legen uns das Projekt einer „Liga der Nationen“ vor, die nicht die „Gefellschaft der Nationen“ ist, wie sie die 14 Punkte des Präsidenten Wilson vorgezeichnet hatten. Diese 14 Punkte haben die Völker der ganzen Welt in ihrem Durst nach Gerechtigkeit mit Beifall begrüßt. Wir haben sie zu den unseren gemacht!

Die französische Arbeiterklasse, getreu ihrer Losung: „Krieg dem Krieg!“, erhebt sich gegen diese Sabotage des Friedens. Die Völker können nicht am Ende des Krieges leidens dazu verurteilt sein, kein anderes Ziel zu haben, als die Begleichung von Steuern, die dazu bestimmt sind, die Rüstungsbudgets ins Gleichgewicht zu bringen.

Auch die U. S. T. verdammt die Außenpolitik der Modade, der politischen Zwangsmäßnahmen und bewaffneten Interventionen. Sie ruft die Erinnerung wach an die Formel der französischen Revolution: „Jede Nation hat allein das Recht, sich Gesetze zu geben, das unäußerliche Recht, sie zu ändern; einem fremden Volk mit Gewalt dieses Recht rauben zu wollen, heißt zum Feinde des Menschengeschlechts werden.“

Die U. S. T. widersteht sich nachdrücklich einer Expedition nach Rußland, einem verbündeten Land, dem niemals eine amtliche Kriegserklärung zugestimmt worden ist. Die Fortsetzung dieser Interventionspolitik macht aus Frankreich die Schutzmacht der Privilegien und reaktionären Einrichtungen in allen Ländern. In dieser demütigenden, ja entehrenden Rolle kann sich die Arbeiterklasse, kann sich das französische Volk nicht hergeben.

Die Freiheit der Meinung und des Denkens, die zur Grundlage der Erklärung der Menschenrechte geworden ist, läßt die U. S. T. an die öffentliche Meinung, an das Gewissen der Gewerkschaftsverbände appellieren, um gegen diesen Stand der Dinge tatkräftig auszutreten.

Die U. S. T. verdammt jede Fortsetzung des Krieges und fordert gebieterisch den Abschluß des wahren Friedens, dem alle Völker zustimmen können.

Französischer Sozialistenkongreß.

Paris, 23. April. (Globe.)

Der Sozialistenkongreß verlangte in einer Entschiedenheit, daß die Asche Jaurès im Pantheon beigesetzt werde.

Der Kongreß nahm das von den früheren Mitgliedern der Mehrheit wie Thomas und der Minderheit wie Longuet vorgelegte Parteiprogramm an. In dem der Zusammentritt einer Konstituante gefordert wird. Ferner wird in dem Programm verlangt, der Staat solle die widerrechtlichen Kriegsgewinne eingehen, sowie hohe Kapitalsteuern und Monopole für Luxusgegenstände einführen. Die Eisenbahn, Transport- und Bergwerksunternehmen, Lebensversicherungen usw. sollen durch den Staat, die Departements und Gemeinden unter Kontrolle der Verbraucher betrieben werden. An sofortigen Reformen fordert das Programm die Vermeidung von Streiks durch Organisation der Verständigungsbedingungen, Entwicklung der Sozialversicherung, Herabsetzung der Arbeitsstunden, Festsetzung von Mindestlöhnen, Schutz für Mütter und Kinder, freien obligatorischen Einheitschulunterricht, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse usw.

Der Sozialistenkongreß hat mit 894 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, welche erklärt, man wolle in der 2. Internationalen bleiben, falls sie geändert und diejenigen ausgeschlossen würden, die nur äußerlich Sozialisten seien. Ein Antrag Moveras, der erklärt, daß die Partei in der 2. Internationale bleibe und sich durch die Ereignisse, die die Welt bewegten, an den Platz ihrer Aufgabe gestellt sehe, der ferner die Öffnung andrückt, daß diese Ereignisse die Voraussetzung einer Trennung von der 2. Internationale doch schließlich zu ihr zurückzuführen machen, vernichtete 107 Stimmen auf sich.

„Pressfreiheit“.

Verbot der „Republik“.

Auf Befehl des Reichswehrministers Noske ist das Verbot der „Republik“ ohne Angabe von Gründen vorläufig verboten worden.

Schon seit einigen Tagen machte sich das Verbot untergeordneter Polizeibeamten bemerkbar, den Vertrieb der „Republik“ (wie auch den der „Freiheit“) zu unterbinden. Diese gefehrdigen Behinderungen gingen auf höhere Befehl zurück. Am Dienstag, den 22. d. M., erliefen an alle Polizeireviere Berlins die Anweisung, die „Republik“ zu beschlagnahmen. An einzelnen Stellen ist das auch schon geschehen.

Auf Nachfrage im Reichswehrministerium wurde dem mitgeteilt, daß nicht nur der Vertrieb, sondern auch die Verteilung der „Republik“ auf Befehl des Reichswehrministers verboten sei. Mit der strikten Durchführung dieses Verbots sei das Berliner Polizeipräsidium beauftragt. Eine schriftliche Bestätigung dieses Verbots wurde weder der Redaktion, noch dem Verlag bisher zugestellt. Dagegen wurde aus dem Reichswehrministerium unumwunden erklärt, daß die Verbreitung der „Republik“ mit allen Mitteln verhindert werden würde.

Das Vorgehen des Reichswehrministeriums gegen die „Republik“ kennzeichnet die Skrupellosigkeit, mit der die militärischen Gewalttäter die Pressfreiheit obzuminieren suchen. Noch ehe ein Verbot erfolgt ist, wird die Verbreitung der Zeitung durch willkürliche Beschlagnahmen unterbunden. Ueber das Verbot selbst wird keine schriftl. Mitteilung gemacht. Eine telefonische Anordnung aus dem Reichswehrministerium wird als ausreichend erachtet, die weitere Ausgabe des Blattes zu verhindern. So ungeniert hat einmal Herr v. Ressel über die Berliner Presse kommandiert.

Noske — die Hoffnung der Kaiserstreuen.

Die „Deutsche Wfa. Sta.“ veröffentlicht in ihrer ersten Abendnummer eine Unterredung, die der Reichswehrminister Noske vor seiner Abreise nach der Ostfront mit einem ihrer Redakteure gehabt hat. Herr Noske sprach sich zunächst gegen ein Interview. Das Genosse Barth einem Vertreter der „United Press“ gegenüber. Er bezeichnete die Gerüchte von einer royalistischen militärischen Gegenrevolution, die durch vorgebracht habe, als „unsinnig und lächerlich“.

Weiter führte er aus: „Daß es in Deutschland noch Monarchisten gäbe, merkte ich auch unter den Offizieren, sei eine Unfugbarkeit. Aber er habe in seiner amtlichen Tätigkeit Gelegenheit gehabt, das Offizierskorps, das im vollen Vertrauen entgegenbringe, kennen zu lernen und könne sagen, daß die große Mehrheit der Offiziere sich vollkommen loyal der republikanischen Regierung zur Verfügung halte. Auch diejenigen, die ihrer inneren Gefinnung nach auf anderem Boden stehen, würden ihrer inneren Gefinnung nach auf anderem Boden stehen, würden genau, daß der Versuch einer Gegenrevolution zum Scheitern verurteilt ist, und daß er nur zu dem einen, von ihnen sicherlich gewünschten Ziel, dem Bürgerkrieg und dem Sieg der Anarchie führen müßte. Es entspreche durchaus nicht mehr den Wünschen dieser Offiziere, wenn Reich immer noch den Monarchen und den Kronprinzen als ihre politische und militärische Aufgabe bezöge; das Gegenteil sei wahr: das wenigstens beispielweise Verhalten der alten Gewalten habe auch bei den meisten Offizieren das innere Verhältnis gelehrt, von dem aus sie früher ihre Stellung und ihre Aufgaben betrachteten. Es sei also weder von dem neuen Offizierskorps, noch von den neuen deutschen Armeekorps die Gefahr einer politischen Umwälzung zu befürchten.“

Also sprach Noske zur Beruhigung seiner Getreuen und zur Bekämpfung der bösen Unabgängigen, die nicht müde werden, auf die sich meldenden Anzeichen der Gegenrevolution hinzuweisen. Für Noske besteht diese Gefahr nicht. Seine Offiziere aus dem Edenhotel haben es ihm selber gesagt. Sie halten sich vielmehr in ihrer arroken Würdigung „vollkommen loyal der republikanischen Regierung zur Verfügung“. So sagt Noske. Wie aber wird seine Verlon auf seine politische Rolle in jenen Kreisen einschneit, und denen die arroke Mehrheit seiner „loyalen“ Offiziere sammelt. Ein Berliner Bericht der konservativen Stuttgarter „Deutschen Zeitung“ plaudert es offenerherzig aus:

„Der einzige rocher de bronze in diesem Korps war Herr Noske und wenn er könnte, wie er wollte, und wenn er nicht durch Rücksichten auf die von allerhand Störern hart geschüttelten Kollegen gehemmt wäre, dann hätte er sicher bessere Zeiten. Auf ihn richteten sich früher die Hoffnungen aller, die an geordneten Zuständen noch ein Interesse haben. Freilich werden es täglich weniger. Eine Diktatur als solches Volkswort gegen die bolschewistische Welle, damit selbst auch die konservativen einverstanden. Denn Noske ist der noch weiß, was er will und der in Versammlung sein Haar anders redet wie ein alter General aus der vorrevolutionären Schule. Man höre, was Gott ein Amt gibt...“

Noske — als Redner noch dem Muster eines alten Generals aus der vorrevolutionären Schule — hat die heimliche Sehnsucht der Konservativen, die ihm seine Diktatur anvertrauen würden! Mehr haben wir seinen Schönfärbereien nicht hinauszufließen.

Vorwärts - Polemik.

Der „Vorwärts“ gibt gestern einen kurzen Ausblick auf unsere Enthüllungen über die Treibereien der Gegenrevolution. Es ist nicht uninteressant, wie er dabei verfährt. Er erzählt seinen Lesern nur von den Plänen des Krawallrats, die den Kerze- und Apothekerzweig und den Lebensmittelhändler betreffen. Er erklärt, daß es unrichtig sei, daß die Regierung mit solchen Plänen einverstanden sei, verfährt vielmehr stolz, daß, solange die Regierung die Best in der Hand halte, an deren Ausführung nicht zu denken wäre.

Von einem Einverständnis der Regierung haben wir nicht gesprochen, sondern nur davon, daß sie die Verhinderung der unter ihren Augen vorgehen, ruhig duldet. Sie duldet sie deshalb, weil sie von den Reaktionen und insbesondere von der Offizierskamarilla abhängig ist. Und der „Vorwärts“ verfährt gerade das Entscheidende, nämlich den innigen Zusammenhang, der zwischen den verschiedenen Stellen, den Bürgerwehren und den

Groß-Berlin.

Im Zeichen der neuen Freiheit.

Bei den Märzunruhen wurde auf Befehl Noskes eine Anzahl Personen verhaftet, die führende Stellungen in der kommunistischen Bewegung bekleideten. Zu ihnen gehörte auch Frau Anna Goldig, die auf dem Bureau der kommunistischen Partei als Sekretärin beschäftigt war. Ihre Adresse ist den Hördern bei der Besetzung des Sekretariats in die Hände gefallen. Frau Goldig wurde morgens um 8 Uhr aus dem Bett geholt, in ein mit Maschinengewehren bestücktes Auto gepackt und nach Moabit transportiert. Dort sitzt sie seit Wochen in Schutzhaft. Ein strafbares Vergehen läßt sich ihr nicht nachweisen. Gestern vormittag wurde Frau Goldig dem Reichsmilitärgericht vorgeführt. Die kranke und schwächliche Frau war während des Transportes, der auf der Elektrischen erfolgte, wie eine Schwerverbrecherin gefesselt.

Bürgerterror.

Die Berliner Bürgerschaft ist eifersüchtig bemüht, die Einwohnerwehr zu organisieren. Wo der freie Wille verweigert wird, brutalen Zwang angewendet. So berichtet der „Friedenauer Lokalanzeiger“, daß die dortige Einwohnerwehr beabsichtigt, jedes Haus zu kontrollieren, von dem kein Bewohner Mitglied der Einwohnerwehr ist. Die Bewohner dieser Häuser werden durch diese traurige Maßnahme für vogelfrei erklärt. Es ist selbstverständlich, daß bei etwaigen Unruhen die gekennzeichneten Häuser in erster Linie das Zielobjekt der Noskegardisten sein werden. Gegen diesen ungeheuren Terror muß auf das allerhöchste protestiert werden.

Achtung! Lazarettfranke!

Am Freitag, den 25. April 1910, vormittags 10 Uhr, findet im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses eine Versammlung von Vertretern der Kriegsverwundten und Lazarettfranken statt. Tagesordnung: 1. Wünsche- und Vorschlagsfragen. Auf je 100 Lazarettfranken ist ein Vertreter zu entsenden. Außerdem entsendet jeder Lazarettfranken ein Mitglied. Der militärische Aufsicht des Volksgenossen Groß-Berlin, Wolfenbüchler, Albrecht.

Zwei weitere Opfer der Märzunruhen wurden am Dienstag an der Mollsebrücke und am Schiffbauerdamm aus der Szene gelandet. Beide sind noch unbekannt. Die Leichen wurden nach dem Scheitern der Leichenbegängnisse in der Mollsebrücke in ein Grabmal der Arbeiterbewegung überführt. Auf einem Finger der linken Hand trug der Unbekannte einen Kriegerring mit zwei Steinen. Am Schiffbauerdamm wurde ein junger Mann von 20 bis 25 Jahren gelandet. Er trug einen selbstgeordneten Entlassungsantrag und schwarze Militärstiefel. Die Leichen sind beide schon so stark verwest, daß man etwaige Schuß- oder Stichwunden nur noch schwer wahrnehmen kann. Dem Plenarjergenten ist die ganze linke Gesichtshälfte abgeschlagen worden.

Von den während der Feiertage gelandeten Toten sind zwei festgestellt worden, ein 31 Jahre alter Former Erich Wiede aus der Wilhelm-Strasse 40 und der Arbeiter Rang 8 aus der Andreasstrasse 90. Beide wurden seit den Märzunruhen vermisst. Rang 8, wie wir schon mitteilten, mit seinen beiden Söhnen. Von diesen wurde der eine, der 20 Jahre alte Erich Rang 8, am Mittwoch voriger Woche an der Mollsebrücke gelandet und von seiner Mutter erkannt. Der junge Rang 8 hatte eine tödliche Schußverletzung.

Arbeitslose in Neutal. Donnerstag, mittags 1 Uhr, in der Union-Brauerei, Kasernenstrasse 22/21, große Protestversammlung der Arbeitslosen. Tagesordnung: 1. Die Reichsregierung gegen die Erwerbslosen. Verlesung der Erwerbslosenunterstützung 2. Diskussion. Eintritt gegen den Arbeitslosenausweis. Der Arbeiterrat der Arbeitslosen.

Lebensmittellisten.

Berlin. Die 1/2-Liter-Kronenmarken können am 24., 25. und 26. April nur mit 1/2 Liter beliefert werden. — In der Zeit vom Donnerstag, den 24. April bis Sonntag, den 4. Mai, findet auf Grund der ausländischen Zuteilungen die erste Ausgabe von 50 Gramm Brot statt gegen den Nachschub B1 der Einwohn-Zufahrten unter gleichzeitiger Verlesung der Speisekarte in den zum Speisekartenausweis nach der alten Kundenliste bestimmten Kleinhandelsgeschäften. — In den Großhandelsbezirken 52-55, 57-75, 77-81, 83-128, 131-152, 153-171, 173, 175, 179-182, 183-193, 194, 197-205, 207-216, 218-223, 225-230, 233, 235-249, 240-241, 245, gelangt am 25. April ab für je 50 Gramm Brot U der Berliner Bezugskarte K Kilogramm Speisekarte zur Herausgabe. Der Kleinhandelspreis beträgt für 1/2 Kilogramm Brot 1.40 M. Die Belieferung richtet sich nach der Lage des Ladens des Kleinhandlers, bei dem der einzelne seine Eintragung bewirkt hat, nicht nach der Wohnung des Verbrauchers. Die Abholung muß bis zum 3. Mai bewirkt sein.

Romane. Heute findet in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Nummern des Verkauf von Mähdern waren statt und zwar in der Zeit von 6-1 Uhr vormittags und 2-7 Uhr nachmittags: Winkel 0001-7000 und 1-700, Kubom 5201-5200, 0000-2000 und 1-300, Wälder 8901-1100, Gleitner 2201 bis 3000, Krommer 4551-5753. — Am 24. und 25. d. M., von 9-12 Uhr vormittags und 2-5 Uhr nachmittags, findet in der Turnhalle, Schopenhauerstrasse, der Verkauf von Sozialhilfen statt bis dato. Die zugewiesenen sind im Reichsausschuss, Zimmer 11, von 6-1 Uhr in Empfang zu nehmen. Der Preis für 1 Zentner beträgt 17 Mark.

Donnerstag. Heute in sämtlichen Geschäften 70 Gramm Butter für Erwachsene, 35 Gramm für Kinder (Wälder tenachmittags), 100 Gramm Haferflocken oder Ruchel (Wälder 18). Für Kinder bis zum nächsten 2. Lebensjahr 1500 Gramm Weizenmehl. Die Kinder nahrungsmittelkarten werden heute ausgegeben.

Aus den Organisationen.

Tellom-Verkehr. Die nächste Sitzung des Kreisvorstandes findet nicht am Donnerstag, sondern am Sonnabend, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, im Bureau Neukölln, Reichsstrasse 3, statt. Erscheinen dringend notwendig.

Niederbarnim. Die Kampfleiter Nr. 2 kann im Kreisbureau abgeholt werden. Der Kreisvorstand.

Schiller Kreis. 4. Sitzung. Heute (Donnerstag), abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulaula Dunckerstrasse 65/66. Vortrag des Genossen Truder.

Schöneberg. Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Feljäger Strasse 45/53, Generalversammlung mit außerordentlich wichtiger Tagesordnung. Mitgliederbuch als Nummern erforderlich.

Willy. Kommunale Arbeitervereine des Kreises Tellom (H. S. V. D.). Freitag, nachmittags 4 Uhr, Sitzung im Lokal von Wolf in Neukölln, Reichsstrasse 41. Wahl von Genossen zum Bundesrat. Um beizutreten und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Vankow. Die Generalversammlung findet heute abends 8 Uhr nicht im „Kaufmann“, sondern in der Schulaula, Mollatstrasse 135, statt.

Teile Jugend Groß-Berlin. Jugendliche Vertrauensleute! Heute, Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr, Versammlung mit wichtiger Tagesord-

Die militärischen Maßnahmen sind auf Außerste vorgerückt. Auf verschiedenen Plätzen sind feuerbereite Kanonen und Minenwerfer aufgezogen. Zahlreiche Stacheldrahtverhaue versperren die Straßen. Der Verkehr ist außerordentlich beschränkt, auch nach auswärtig. Es soll verhindert werden, daß sich die Einwohnererschaft von auswärtigen Lebensmitteln beschafft.

Immer noch Massenstreik im Ruhrgebiet.

Die bürgerliche und rechtssozialistische Presse ist anmaßlich mit Nachrichten über die Beendigung des Verarbeiterstreiks im Ruhrgebiet. Sie möchte unter allen Umständen den Eindruck erwecken, als wenn durch die Gewaltmaßnahmen der Regierung die Verarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Aber selbst nach der untenstehenden Meldung des Verarbeitervereins, also der Organisation der Rechenbesitzer, betrug am 23. die Zahl der Streikenden immer noch 174 279, das ist fast die Hälfte aller Verarbeiter des Ruhrgebietes.

Ganz deutlich geht aus dieser Zahl hervor, wie auch aus der Tatsache, daß die Zahl der Streikenden nur ganz allmählich abnimmt, daß die Erbitterung der Verarbeiter über die Gewalttätigkeit sehr groß ist. Ein Blick selbst in die rechtssozialistische Presse des Ruhrgebietes bestätigt das. Wenn also jetzt die Verarbeiter, durch den wochenlangen Streik müde gemacht, die Arbeit wieder aufnehmen, so kann doch der acinaste Anlaß eine neue große Bewegung unter ihnen hervorrufen. Den Boden dafür haben die Maßnahmen der Regierung bereitet, die auch aus diesen Ereignissen lernen könnte, daß man mit Gewalt keine soziale Bewegung löten kann.

Essen, 23. April.

Nach Mitteilung des Bergbauvereins hat in der heutigen Frühstunde die Zahl der Streikenden um etwa 15 300 abgenommen. Die Gesamtzahl der Ausständigen betrug gestern 174 279 gegen 211 606 am Sonnabend. Auf 22 Schächten sind die Belegschaften heute zum ersten Male angefahren.

Bela Kun an Balfour.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 23. April.

Der Volksbeauftragte Bela Kun hat auf ein Telegramm Balfours bezüglich der Vertretung der materiellen Interessen, der in Ungarn lebenden ausländischen Staatsangehörigen, folgende Antwort deponiert:

In Verantwortung Ihrer telegraphischen Volkschaft vom 19. April erkläre ich höflich, daß die ungarische Sowjetregierung die volle Verantwortung für die Durchführungsmassnahmen übernimmt, laut denen fremden Staatsbürgern gestattet ist, ihr Geld und ihre Wertpapiere auf den ungarländischen Banken abzugeben. Ebenso werden fremde kommerzielle Unternehmungen und Banken nicht sozialisiert. Hat sich irgend ein Fall ereignet, der diesen Maßnahmen widerspricht, so ist die ungarische Sowjetregierung zur Wiedergutmachung bereit. Ich schlage vor, daß eine wirtschaftliche Kommission der Entente nach Budapest entsendet wird, um die oben berührten Fragen zu behandeln und zu erledigen.

Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten, Bela Kun.

Verdrängen der Rumänen gegen Ungarn.

Budapest, 23. April.

Das Ungar. Telegr.-Korresp.-Bureau meldet: Die Rumänen haben ihr Vordringen am 22. zwischen Tschib und Neres auf der ganzen Linie fortgesetzt. Unsere Truppen vertrieben sich an mehreren Stellen vollständig undiszipliniert, so besonders vor Dobrea. Unter solchen Umständen wurde Dobrea im Laufe der Nacht geräumt.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Intervention in Ungarn.

T. K. Amsterdam, 23. April.

Der Stimmungsumschwung, der sich innerhalb der englischen Arbeiterpartei zugunsten der internationalen Verständigung und gegen jede neue Kriegspolitik vollzogen hat, findet starken Ausdruck in der Beurteilung, die der „Daily Herald“ dem Vorgehen der Rumänen gegen die ungarische Sowjetrepublik widmet. Das Arbeiterblatt schreibt, daß die ungarische Republik durch die Rumänen überfallen worden ist und jetzt den Kampf um ihre Existenz führt. Die ungarische Regierung konnte die Sendung des General Smith als einen Beweis dafür auffassen, daß die Alliierten in feindliche Absichten zu ihr treten wollten. Nun wird Ungarn ohne vorherige Warnung militärisch überfallen. Für ein solches Vorgehen gibt es nicht eine einzige Entschuldigung. Dies Verhalten ist ein rechtlich verwerflicher Schritt, die ungarische Sozialistische Republik zu erwürgen. Von ungarischer Seite ist nichts geschahen, was ein derartiges Verhalten rechtfertigen könnte.

Dänischer sozialistischer Jugendkongreß.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Am 17. u. 18. April hielt der dänische sozialdemokratische Jugendverband seinen 9. ordentlichen Kongreß ab. Er war von 178 Delegierten besucht, die ca. 10 000 junge Sozialdemokraten repräsentierten. Die dänische Jugendbewegung hat während des Krieges sowohl der alten reformistischen Sozialdemokratie wie der Zimmerwaldbewegung angehört, und sollte auf diesem Kongreß entscheidende Stellung nehmen. Es zeigte sich, daß die zwei Hauptströmungen gleich stark waren, deshalb wurde beschlossen, die Frage bere. die Form der evtl. Zusammenarbeit mit der alten Partei zur Abstimmung an die Mitglieder zu verweisen. Diese Abstimmung soll in nächster Zeit stattfinden.

Die holländischen Delegierten für den internationalen Sozialistenkongreß.

Amsterdam, 22. April.

Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Kopenhagen, daß der Kongreß der holländischen Sozialistischen Arbeiterpartei Troelstra, Viljoen, van der Goes, Wibaut, Schaper und van Nijl zu Delegierten für den internationalen Sozialistenkongreß in Moskau ernannt sind.

ratet. Gerade dieser Zusammenhang ist aber für das Verständnis dessen, was sich da vorbereitet, das wichtigste. Und daran geht der „Vorwärts“ vorbei, weil er seinen Lesern verschweigen muß, was die Offizierskamarilla, der Noske alle Macht in die Hand gespielt hat, im Schilde führt.

Der „Vorwärts“ polemisiert übrigens auch an anderer Stelle gegen unsere Feststellungen, daß das Reichsfinanzamt nichts dagegen getan hat, die Vermögensverschleppung ins neutrale Ausland zu hindern. Anfangs seien ja auch unsere Genossen in der Regierung vertreten gewesen, und es sei doch nichts geschehen. Nun muß der „Vorwärts“ wissen, daß unsere Genossen unausgesetzt darauf gedrängt haben, daß die Steuermaßnahmen sofort, ohne erst auf die Nationalversammlung zu warten, von den Volksbeauftragten in Kraft gesetzt würden. Nur ihrem Drängen gelang es schließlich, Herrn Schiffer dazu zu bekommen, das Gesetz, das die Fortbesteuerung der großen Kriegsgewinnabgabe vorzubereiten. Zugleich drängte namentlich unser preussischer Finanzminister Simon auf die sofortige Registrierung sämtlicher Vermögen. Das Reichsfinanzamt machte passive Resistenz.

Dann traten unsere Genossen aus der Regierung aus. Der „Vorwärts“ jubelte damals, daß die Rechtssozialisten ungehindert durch die Unabgängigen nunmehr fruchtbarere Arbeit leisten und zeigen würden, was sie leisten können. Seitdem ist bis zum heutigen Tage auf den Gebieten der Finanzen gar nichts geschehen. Man hat die Finanzen völlig verkommen lassen, die Kapitalflucht nicht verhindert, die notwendigen Steuermaßnahmen unterlassen, kurz, so grausam gewirtschaftet, daß kein einziger Sachverständiger diese Wirkweise zu verteidigen mag. Daß der „Vorwärts“ es tut, entspricht allerdings durchaus seiner Rolle.

Die Wahrheit, aber nur die halbe.

Manchmal findet man im „Vorwärts“ auch etwas Nüchternes. Er erzählt, daß Herr Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt“ aus dem Vorstand der demokratischen Partei ausgetreten wäre, und bemerkt dazu:

Im übrigen glauben wir, Herr Wolff hat einsehen müssen, daß die Deutsche demokratische Partei nicht, wie er und seine Freunde gehofft hatten, gegen die frühere Fortschrittliche Volkspartei etwas Neues und Besseres geworden ist, sondern ein getreuer Abklatsch jener, erfüllt mit spießbürgerlichem und mancherlei Geiste.

Das ist sehr richtig, nur vergißt der „Vorwärts“ hinzuzufügen, daß seine Partei mit diesen spießbürgerlichen Wanderskirmischern eine Regierung bildet, in der diese die wirklichen Herren sind. Man sieht, wenn sich im „Vorwärts“ die Wahrheit findet, so ist es höchstens eine halbe.

Verlogene Berichterstattung.

Über die Unruhen in Düsseldorf haben die bürgerlichen Nachrichtenbüros die verlogenen Berichte in die Welt geschickt. Der „Vorwärts“ ließ sich sogar eigene Meldungen drahten, die sich auf demselben Niveau bewegen. Noch in seiner Abendausgabe vom Dienstag steht er seinen Lesern zwei unkontrollierbare Nachrichten über die „Ereignisse“ der Düsseldorfser Spartakisten vor. Wie aber sagen die Dinge in Düsseldorf während des Generalstreiks? Die rechtssozialistische „Freie Presse“ in Elberfeld berichtet darüber unter dem 2. April:

Die Unruhen in Düsseldorf nehmen immer wilderen Charakter an. Der verheerende Belagerungszustand ist zwar aufgehoben, aber nur auf dem Papier. Die uns von Parteigenossen aus Düsseldorf mitgeteilt wird, gehen die Regierungstruppen dort außerordentlich rüchros und provozierend vor. Die meisten Ausfahrungen sind auf Konten der Regierungstruppen zu sehen, die in allen Stadtteilen wahllos und grundlos Schieberereien veranstalten. Die Vorposten über den Belagerungszustand besagen, daß Zusammenstöße verboten sind. Wo sich zehn Leute zusammenstellen und diese nicht auf Kommando auseinanderdrängen, werden die Truppen dazwischen. Wo sich Leute am Fenster sehen lassen und nicht sofort auf Anruf verschwinden, wird auf sie geschossen. Panzerautos durchfahren die Stadt und treten mit ihren Maschinengewehren sehr oft ohne Kalah in Tätigkeit. Jeder harmlose Passant in Düsseldorf fühlt sich wie ein gefangenes Wild, sobald er nur die Spitze eines Automobils erkennen sieht. Zahlreiche Personen, die wirklich nichts mit Spartakismus zu tun haben, sind so den Schieberereien zum Opfer gefallen. Friedliche Familienmitglieder wurden von außen heraus in ihren Wohnungen erschossen. Geschäftsleute in ihren Häusern bei der Arbeit tödlich getroffen.

Das ist genau dasselbe Bild, wie es Berlin während des Generalstreiks bot. Man sieht daraus, wie vorsichtig die bürgerlichen Pressemeldungen über Unruhen auskommen sind. Ihr Zweck ist, die streikenden Arbeiter zu diskreditieren, dazu ist ihnen jedes Mittel recht.

Die Bremer Regierung fördert den Bürgerstreik.

(Privattelegramm der „Freiheit“.)

Bremen, 23. April.

Der am 19. April proklamierte Abwehrstreik des Bürgerturns wird von der Regierung mit allen Mitteln unterdrückt. Der Stadtkommandant hat die Schließung sämtlicher Nahrungsmittelläden gefordert, auch die Ausgabe der Nahrungsmittelkarten ist eingestellt. Der Konsumverein, der an seine Kunden noch am 22. April Brot ausgeben wollte, wurde geschlossen und militärisch besetzt. Den in der Umgegend wohnenden Milchhändlern ist die Einfuhr in die Stadt untersagt. Der Kerbstreik ist auch auf die Krankenhäuser ausgedehnt. Die Kerste verweigern sämtlichen Rot und Blau; Medikamente werden nicht verordnet. Am Laufe des 22. April sind zahlreiche Verhaftungen, besonders unter den Kommunisten, vorgenommen. Eine Verhaftung des Bier-Ausschusses wurde gesperrt.

Am Abend des 2. Chersiertages ist es im Ostengebiet zu Schieberereien gekommen. Ein von der Regierung veranlaßtes Blatt behauptet, daß diese Schieberereien von den Arbeitern ausgegangen seien. Die Arbeiterkassen sowie der Arbeiterausschuss bestreiten das auf das Entschiedenste. Sie sehen ihren Erfolg darin, daß weder von Arbeiterseite nicht ein Schuß gefallen ist. Die Opfer der ersten Schiebererei waren zwei Kinder, die durch Schüsse verwundet worden sind, die

Berechtigte Kritik.

Auf dem Kätefonarek hat der Reichsernährungsminister Schmidt eine wütende Rede gegen die Unabhängigen gehalten, die von seinen eigenen Parteianhängern mit eifrigem Schreien ausgenommen wurde. Wenige Tage später hat er in der Nationalversammlung in Weimar auf eine Interpellation seiner Parteifreunde Auskunft über den Stand der deutschen Volksernährung erteilt. Auch diese Rede hat seinen Parteianhängern sehr wenig gefallen. So wenig, daß sich jetzt allerorten die Mißstimmungen gegen ihn vermehren und in Mißtrauensbeschlüssen der Parteivorparlamentationen zum Ausdruck kommt.

Wir wissen, daß das Amt eines Reichsernährungsministers gegenwärtig sehr schwierig und sehr undankbar ist. Aber wenn Robert Schmidt so starkem Mißtrauen seiner eigenen Freunde begegnet, so nicht aus kleinlicher Erbitterung heraus, sondern weil das Reichsernährungsamt unter seiner Leitung eine vollkommen falsche und durchaus sozialistische Stellung zu den wichtigsten Problemen der Volksernährung einnimmt.

Die Aufhebung der Rwanaschewirtschaftsartikeln für Eier ist, wie wir von vornherein betont haben, eine der durchaus verfehlten Maßnahmen gewesen, die zur Erhöhung der Preise und damit auch zur Erhöhung der Lebenshaltung gerade der minderbemittelten Bevölkerungsgeschichten geführt hat. Vorteil haben davon einzig und allein die wohlhabenden Schichten, denen durch die Aufhebung der Rwanaschewirtschaft die Mühe abgenommen worden ist, sich im Scheidhandel Eier zu besorgen.

Weit mehr Unzufriedenheit aber hat die Tatsache hervorgerufen, daß die Preisgestaltung der ausländischen Rohstoffmittel ebenfalls jede soziale Rücksicht vernachlässigt. Von uns, wie auch von anderen verantwortlichen Stellen, ist nachdrücklich die Forderung erhoben worden, daß die ausländischen Rohstoffmittel ohne Rücksicht auf ihren Weltmarktpreis zu den im Inlande geltenden Höchstpreisen bzw. nur zu un wesentlich höheren Preisen abgesetzt werden dürfen. Das Reichsernährungsamt hat dieses Verlangen nicht berücksichtigt. Es hat im Gegenteil die Preise für die ausländischen Erzeugnisse, z. B. für das Mehl, so hoch festgesetzt, daß es selbst damit rechnen, daß die minderbemittelte Bevölkerung die Mehl nicht kaufen kann, also auch keinen Vorteil von seiner Einfuhr hat. Von einem sozialdemokratischen Ernährungsminister, von dem die minderbemittelten Schichten erwarten, daß er gerade ihrer Notlage Verständnis entgegenbringt, da sie bei ihnen viel größer ist als bei den wohlhabenden Schichten, ist das eine völlig unverständliche Handlungsweise.

Seine Aufgabe wäre es gewesen, mit allen seinen Kräften dafür einzutreten, daß die Einfuhrwaren zu Preisen abgesetzt werden, die auch den Minderbemittelten den Kauf ermöglichen. Die Belastung der Finanzen des Reichs, die dadurch entstehen würde, darf weder die ausschlaggebende Rolle spielen, da von der ausreichenden Ernährung der arbeitenden Bevölkerung ihre Arbeitsfähigkeit abhängt, noch ist sie beispielsweise gegenüber den Ausgaben von fast 9 Milliarden in 3 Monaten für den neuen Militärismus so hoch, daß ihre Übernahme auf das Reich unmöglich wäre.

In einem Leitartikel beschäftigt sich das rechtssozialistische „Hamburger Echo“ mit der letzten Rede des Reichsernährungsministers in der Nationalversammlung, in der es sagt:

„Wer wir dürfen nicht verkennen und es muß öfters offen ausgesprochen werden, daß proletarische Vertrauensmänner in der Regierung nicht immer den Ton anzuschlagen wissen, der die Herzen und die Gemüter hochheben kann. Robert Schmidt scheint diese Gabe ganz und gar nicht zu haben und deshalb ist es erklärlich, wenn gerade er in einer letzten Stunde auf die leidenschaftliche Selbstdarstellung der Masse verfallen muß.“

Seine letzte Rede in der Nationalversammlung zur Ernährungsfrage war ein typisches Beispiel dafür, wie ein Ernährungsminister nicht reden darf, wenn er Leidenschaft und Begeisterung für eine große Sache bei seinen Anhängern erwecken will. Er hat den Ton der Rede erinnert an seiner letzten Rede durchaus an frühere Gespögenheiten der Regierungskanzlei. Und gerade deshalb nehmen wir Anlaß, uns solcher Formen ernstlich zu verbitten.

Nach unangenehmer aber ist das „Echo“ von dem Inhalt der Rede berührt. Schmidt hatte erklärt:

„Bei der Verteilung des Mehles habe ich die Absicht, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, neben dem guten, teuren Mehl ein minder gutes zu billigeren Preisen zu kaufen. Ich nehme an, daß die bemittelte Bevölkerung vorzugsweise das teure Mehl (also das gute, Mehl, d. h. A.) der minderbemittelten Bevölkerung überlassen wird.“

„Allerdings bin ich der Meinung, daß ein großer Teil der Arbeiter heute so viel verdient, daß er auch das teure Mehl kaufen wird.“

Und dann weiter:

„Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotkarte ein größeres Quantum Mehl entnommen werden kann, wenn man die Vegetarier Weizenmehl und die Minderbemittelten Brot entnehmen. Ich verleihe also die Getreidewirtschaft in die Privatwirtschaft und komme damit den Bedürftigen zu Hilfe, daß sie zu billigen Preisen Brot kaufen können.“

In diesen Weisheiten sagt das „Echo“:

„Das sind für einen Ernährungsminister aus Arbeiterkreisen allerlei große Worte, die mit einer erstaunlichen Gewissenhaftigkeit ausgesprochen werden. Wir sehen, Schmidt hat nicht mehr über das Volksernährungsproblem nachzudenken, sondern mehr noch über das Finanzproblem. Er legt anscheinend dem letzteren die größere Bedeutung bei und entscheidet dementsprechend. Er verleiht die Getreidewirtschaft in die Privatwirtschaft“, das heißt, er nimmt ein kleines Quantum des sehr als fehlendes Quantum unserer hochausgekauften, höherwertigen Kleinstmehl zu. Um die Kosten für dieses kleine Quantum wieder herauszubekommen, wird dann das hochwertige Kleinstmehl verkauft zu Preisen, die — das heißt Schmidt mit ruhiger Offenheit aus — vornehmlich den der bemittelten Bevölkerung gegeben werden können.

während das billigere, also auch das mit dem geringeren Nährwert, der unbemittelten Bevölkerung überlassen wird... Und das nennt man dann großzügige Ernährungspolitik im Interesse des heruntergekommenen Volkes. Am Schleichhandel sind heute gewiß alle Kreise des Volkes beteiligt, am meisten aber fraplos die Reichen; für die spielt der Preis keine große Rolle, am wenigsten jetzt, wo ihnen durch die angeländigte Kapital- und Rentensteuer der Gehalt so wieso geschmälert wird. Also geben sie das Geld schon lieber für Lebensmittel aus. Diesen Leuten ist aber auch noch auf diese Weise entgegenzukommen, beweist nichts weiter, als daß das Ernährungsproblem im Kopfe des Ernährungsministers sich in reichlich grotesker Weise entwickelt hat. Das Schmidt in seinen Darlegungen zu allem Überflus auch noch mit der Einrede kommt, daß ein großer Teil der Arbeiter heute so viel verdient, daß er M. 2,50 für ein Pfund Mehl geben kann, ist ein weiterer Beweis für die Verwirrung, die auf einem gewissen Komplex seiner Ressortbegriffe eingetreten ist. Hätte er vor seiner Rede einmal die sechs- oder achtföpfige Arbeiterfamilie mit den Realpreisen der ihm zuzurechnenden Mengen in Verbindung gebracht, dann wäre diese für seinen eigenen Trost bestimmte Redensart dem Gehoge seiner Zähne jedenfalls nicht entfallen.

Wir müssen solche Reden als unsozialistisch ablehnen und erwidern, wie schon eingangs betont, darin eine sehr ärgerliche Schwächung unserer Position.

Mit dieser Kritik bestätigt das „Echo“ die Richtigkeit unserer Haltung. Ein sozialdemokratischer Ernährungsminister muß dafür sorgen, daß die eingeführten Lebensmittel auch von den Schichten der Bevölkerung gekauft werden können, die sie im Interesse ihrer besseren Ernährung dringend benötigen. Statt dessen erleben wir, daß das gute ausländische Weizenmehl so teuer ist, daß es nur für einen kleinen Teil der Minderbemittelten in Frage kommt. Finanzaründe haben über soziale Gründe gesetzt. Während man Milliarden für den neuen Militarismus veranschlagt, ist für die ausreichende Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung kein Geld vorhanden, obwohl hiervon sowohl die Steigerung der Erzeugung, wie auch die ruhigere Entwicklung unserer inneren Verhältnisse abhängt.

Die Feier des 1. Mai.

Der 1. Mai, der ja in diesem Jahre ein allgemeiner Feiertag sein wird, kann diesmal nicht in der Form gefeiert werden, wie wir es in früheren Jahren getan haben. Dabei spielt die Verfestigung des Volksgedankens, die ihm durch die Nationalversammlung gegeben worden ist, natürlich keine Rolle. Das klassenbewußte Proletariat wird trotzdem seinen Weltfeiertag so feiern, wie es es für gut befindet, und lehnt es ab, damit nationalistische Tendenzen zu unerschöpfen.

Wir haben aber mit einem anderen Faktor zu rechnen, das ist die Zerissenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland, der Trägerin des Volksgedankens in unserem Lande. Noch sind die Meinungen nicht so geehrt, daß ein Zusammengehen der verschiedenen Richtungen möglich ist. Und dieser bedauerliche Zustand macht sich auch bei der diesjährigen Maifeier geltend. Die sozialistischen Parteien werden die Feier für sich getrennt begehen, und die Gewerkschaften, die sonst immer die Aufgabe übernommen hatten, ihre Mitglieder in besonderen Versammlungen über die Bedeutung der Feier des 1. Mai aufzuklären, treten in diesem Jahre in Berlin ganz beiseite.

Von dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend erhalten wir die Mitteilung, daß sich die von ihr eingeleiteten Verhandlungen zu einer gemeinsamen Maifeier geschlossen haben. Die Maifeier wird deshalb in diesem Jahre nicht von der Gewerkschaftskommission und den ihr angehörenden freien Gewerkschaften veranstaltet werden, sondern von den politischen Parteien. Diese werden die Feier schon des Vormittags auf großen freien Plätzen abhalten. Es empfiehlt daher der Ausschuss allen Gewerkschaften und deren Mitgliedern, keine besonderen Versammlungen abzuhalten, sondern sich an den Zusammenkünften ihrer politischen Parteien zu beteiligen.

Wie vorstehend schon hervorgehoben wird, werden die sozialdemokratischen Vereine am 1. Mai schon am Vormittag große Versammlungen auf öffentlichen Plätzen veranstalten. Die Frage, ob das möglich sein wird, da ja noch der Belagerungszustand in Berlin besteht, der öffentliche Kundgebungen verbietet, scheint jetzt erledigt zu sein. Zwar brachte die „Deutsche Allg. Zeitung“, das offizielle Regierungsorgan, gestern noch eine Notiz, die behauptete, die Unabhängigen würden wegen des Belagerungszustandes von einer Maifeier absehen; diese würde auch kaum den Charakter einer großen öffentlichen Kundgebung annehmen, da Minister Roske nicht beabsichtigt, die durch den Belagerungszustand verbotenen Umzüge oder Versammlungen für den 1. Mai zuzulassen. Doch davon kann keine Rede sein. Selbst wenn der Belagerungszustand nicht aufgehoben würde, wird auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei große Versammlungen abhalten, und wir möchten die Regierung sehen, die es verhindern möchte, daß der Volksgedanke, den die Mehrzahl der Minister selbst einst so genug mit feurigen Jungen gepredigt haben, propagiert wird.

Es schweben wohl aber Erwägungen, ob nicht der 1. Mai zum Anlaß genommen werden kann, den Belagerungszustand aufzuheben. Wie die „Telegraphen-Kompagnie“ von ununterbrochener Seite erfahren haben will, beabsichtigt die preussische Regierung, den über Berlin verhängten Belagerungszustand in aller Kürze versuchsweise aufzuheben. Augenblicklich schweben Erwägungen darüber, ob die Aufhebung bereits am 1. Mai erfolgen soll, um die Maifeier ohne jegliche Beschränkung vor sich gehen zu lassen.

Wir erwarten, daß der Belagerungszustand nicht nur versuchsweise, sondern dauernd aufgehoben wird. Das hätte schon längst geschehen müssen, denn zu seiner so langen Aufrechterhaltung lag kein Grund vor, selbst vom Standpunkte derer nicht, die in unruhigen Zeiten ohne solche Mittel nicht auskommen zu können glauben.

Auch die „Berliner Volkszeitung“ fragt in ihrer gestrigen Abendausgabe: „Wandern wir den Belagerungszustand?“ Sie weist darauf hin, daß während des Belagerungszustandes ein einziges Mal eine Straßenkundgebung gestattet worden sei, und zwar jene von deutschen Offizieren veranstaltete Kundgebung, in die auch Dänen und Engländer teilnahmen. Dann lautet der Schlusssatz: „Zwei weiteren Wochen ist nun Ruhe in Berlin. Der gestrige Reichstag hat vorübergehenden, ohne daß die neue

Schlacht“ gekommen war, und auch der Generalstabschef der Angelegenheiten ist immerhin schieflächlich beigelegt worden. Nun lautet die Frage auf, ob der Belagerungszustand nicht endlich aufgehoben werden kann. Die Berechtigung seiner weiteren Dauer ist doch unmöglich damit begründet werden, daß in Hamburg, Bremen und Bayern geschossen wird. Dann müßte der Ausnahmezustand wahrscheinlich noch ein ganzes halbes Jahr dauern. Da aber Versammlungen bedeutend natürlicher und gesünder Vorteile der Volkstimmung sind als geheime Zusammenkünfte und das Hand-zu-Hand-Weitergeben von Flugzetteln usw., sollte die Regierung endlich ernsthaft an die Beseitigung des Ausnahmezustandes gehen. Hat sie Gründe, die dagegen sprechen, ernsthaftige Gründe, dann soll sie diese nennen. Andernfalls müßte gerade im Hinblick auf die für den 1. Mai von fast allen Parteien geplanten Kundgebungen, die Aufhebung bereits sehr bald erfolgen.“

Reichstagskongress der Eisenbahnarbeiter Deutschlands.

In den „Andreas-Heistären“ begann gestern vormittag die zweite Reichstagskongress der Eisenbahn-Arbeitervereine Deutschlands. Der 2. Vorsitzende des deutschen Eisenbahn-Arbeiter-Verbandes, S. Schell, eröffnete die Konferenz 10 Uhr, mit der Besannung folgender Tagesordnung:

1. Bericht von der ersten Reichstagskongress in Frankfurt a. Main am 3. bis 5. April.
2. Bericht des provisorischen Zentralrates.
3. Ratsystem und Gewerkschaften. Referenten: Eduard Bernheim und Ernst Täumig.
4. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden Schell und Endorf-Weiß als Vorsitzende, Schulz-Frankfurt, Reiche-Eisfeld, Kläh-Samburg und Thielemann, Berlin als Schriftführer gewählt.

Anwesend sind 65 Vertreter aus allen Gauen, mit Ausnahme Württembergs, davon 61 Mandatsträger. Als Vertreter des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ist Regierungsrat Dr. Weber, vom Verkehrsrat Genosse Neumann erschienen.

Die Bericht über die erste Reichstagskongress und dem Zentralrat werden zu einem Tagesordnungspunkt zusammengefaßt, auf den 9. November, wobei er die Haltung der Regierung eines scharfen Kritik unterzog. Positive Arbeit ist im Sinne der Volkswirtschaft ist durch die Nationalversammlung nicht geleistet worden. Die wirtschaftliche Abhängigkeit ist dieselbe geblieben. Eine Beseitigung der Klassenungleichheit ist nur durch den Klassenkampf möglich. In der planmäßigen Organisation der Zusammenfassung aller Kräfte liegt die Stärke der Arbeiterbewegung. Die Organisation der Zukunft muß den Gedanken des Ratsystems in sich verkörpern, die Arbeiterbewegung mitbestimmender und gleichberechtigter Partner werden. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Verkehrs-ausschuss Frankfurt a. Main die erste Reichstagskongress der Eisenbahnarbeitervereine nach Frankfurt eingeladen, um zu erreichen, daß die Einrichtungen, die der dortige Arbeiterrat im Verkehrs-ausschuss geschaffen hat, auf das ganze Reich übertragen werden. In einer Denkschrift des Frankfurter Verkehrs-ausschusses an die erste Reichstagskongress wurde diesem Gedanken weiter Ausdruck gegeben. Die Konferenz ist trotz aller Erschwernungen von Seiten der Regierung zustande gekommen und hat die Meinungen der Eisenbahnarbeiter in verschiedenen Resolutionen zum Ausdruck gebracht. Ein erfreuliches Zeichen dafür, wie weit der Gedanke des Ratsystems in den Köpfen der Eisenbahnarbeiter Eingang gefunden hat, ist die Tatsache, daß die vorgelegten Richtlinien des ersten Reichstagskongress nicht weit genug gingen. Die zweite Konferenz soll diese Richtlinien erst eingehend festlegen. Die heute zu leistende Arbeit soll grundlegend sein, nicht nur für die Eisenbahner, sondern für das ganze Verkehrsleben überhaupt. Die Gesundung unseres gesamten Wirtschaftslebens kann nur durch weitestgehende Heranziehung der Arbeiterbewegung selbst stattfinden. Von wahrer Demokratie kann es erst dann die Rede sein, wenn die wirtschaftlichen Gegensätze aufgehoben sind. In diesem Sinne werden wir unsere Arbeit einzusetzen haben. Zur Erreichung dieser Ziele des Sozialismus werden wir vor der Anwendung unserer wirtschaftlichen Machtmittel nicht zurückweichen. Doch sind Teilweise unter allen Umständen zu verwerfen.

Der Referent besprach dann die

Tätigkeit des provisorischen Zentralrates

während seines Aufenthalts in Berlin, die sich hauptsächlich auf einen Schriftwechsel mit dem Eisenbahnminister Oeser beschränkte, der den Zentralrat als auf ungeschickliche Grundlage gebildet nicht anerkennen wollte. Erst nach längerem Schriftwechsel, der auf besonderen Beschluß der Konferenz vervielfältigt werden soll, ist es zu Verhandlungen gekommen, die aber auch zu keinem positiven Ergebnis führten. Oeser stellte sich den Forderungen völlig ablehnend gegenüber. Auch sei nicht er, sondern nur das gesamte Ministerium in diesen Fragen zuständig, die eine rechtliche Regelung erfahren werden. Auch eine Begleichung der Auslagen für den ersten Kongress wurde abgelehnt. Die Regierung ist alles, um zu verhindern, daß die Arbeiterbewegung zur Arbeit herangezogen wird. Sie läßt alles vernichten, was man von einer sozialistischen Regierung verlangen muß. Die Aufgabe der heutigen Konferenz ist es, dem Zentralrat Rat und Hilfe auf den Weg zu geben, die unbedingt eingehalten werden müssen.

Vor Eintritt in die Diskussion wird ein Antrag eingeleitet, daß der 1. Mai als höchster Feiertag des gesamten Proletariats zu feiern ist, an dem der Eisenbahnbetrieb ruhen soll, mit Ausnahme der Lebensmittellieferung. Um die Lebensmittelversorgung nicht zu gefährden, soll letztere vorher mit den zuständigen Stellen geregelt werden. Ein zweiter Antrag fordert die Konferenz auf, Bezugsausweise an alle Eisenbahner Europas zu senden, um ihnen die Durchführung des revolutionären Sozialismus die Hand zur Weiterführung zu reichen und zum sozialistischen Handeln aufzufordern. Beide Anträge wurden von Ulrich-Berlin begründet.

Der Reichstagskongress Berlin kritisiert die Mängelhaftigkeit der Regierung, die beeinflusst ist vom Reichsverband. Daß der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ohne die Arbeiterbewegung nicht möglich ist, wird auch die Regierung einsehen müssen.

Reichstagskongress der Eisenbahnarbeitervereine Deutschlands. Die Tätigkeit des Frankfurter Arbeiterrats und sein besonderes Engagement des Frankfurter Direktionspräsidenten hervor.

Schulz-Frankfurt: Oeser hat es verstanden, unserer Bewegung den Weg zu einem durch fortgeschrittenen Proletariats der Eisenbahner. Wir haben nur Rechte, soweit wir Recht besitzen. Deshalb kämpfen wir um die Macht.

Wild-Weißburg: An der Arbeiterbewegung liegt es selbst, wenn der Gedanke des Ratsystems nicht genügend Verbreitung gefunden hat. Unsere Pflicht ist es, die Kollegen dahin zu erziehen, daß wir uns schämen in jeder Hinsicht bis hinauf in die Ministerien.

Nach der Mittagspause wurde die Diskussion über den Bericht des Zentralrates fortgesetzt. R. Led. Rüst. selbst ist in der

Vertrag der Gewerkschaften mit dem Staat...

Von der Oberfeld empfing den Bericht über die Verhandlungen mit dem Minister Cser...

Siege-Natowich will die Verdienste Brunners für die Organisation der Eisenbahnen nicht geschmäht werden...

Nachdem Freitag-Dangis und Neumann-Hannover für den Gedanken des Räte-systems sprachen...

Die weiteren Diskussionen des Reichs-Ratlers...

Körker-Votdam polemisierte gegen die Behauptung Brunners...

Roch-Erfurt verurteilte die Haltung der Regierung beim letzten Streik...

In einer persönlichen Bemerkung stellte Brunner fest...

Hierauf wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Gewerkschaftliches.

Die Zukunft der Spandauer Heereswerkstätten.

Ueber das Schicksal der Spandauer Heereswerkstätten fällt in einigen Tagen die Entscheidung...

Von den Vertretern des Reichshofamtes wurde betont, daß die Weiterführung der Spandauer Heereswerkstätten unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz unmöglich sei...

zu vereinbaren Vertrag, so wird wie schon dort wieder angenommen werden...

Generalversammlung der Transportarbeiter.

Die neulich abgetragene Diskussion über den Geschäftsbereich wurde am Dienstag abend fortgesetzt.

Berner bezeichnet den den uns gebrachten Bericht von der vorigen V.ammlung als tendenziös...

Schumann erhielt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, worin er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften suchte.

Auf Beschluß der Generalversammlung wird eine Versammlung der Delegierten und Funktionäre stattfinden...

Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlassung erteilt.

Alle Funktionäre und Mitglieder der örtlichen Generalversammlung werden ersucht...

Alle Verwaltungsmittel und Angestellte sind in der örtlichen Generalversammlung durch geheime Wahl...

Die Vertreter des Verbandes in der Berliner Gewerkschaftskommission haben der örtlichen Generalversammlung am 15. April einen Bericht über ihre Tätigkeit...

Der Beschluß der örtlichen Generalversammlung, Berichte und Bekanntmachungen sind nicht mehr zu veröffentlichen...

Bekanntmachungen und Berichte sind in Zukunft in der 'Freiheit' und in einem der kommunistischen Partei gehörigen Blatte zu veröffentlichen.

Die engere Bezirksverwaltung besteht aus 21 Mitgliedern, in welcher nur vier Angestellte...

Die Sektionsleiter haben an den Beratungen nur mit beratender Stimme teilzunehmen.

Von den Arbeiterräten des Transportarbeiterverbandes kann eine Kommission aus 8 Mitgliedern mit beratender Stimme teilnehmen...

Ein weiterer Antrag: Trudaufträge sind der 'Vormwärts'-Druckerei nicht mehr zu erteilen...

Hierauf wendete sich die Versammlung der Reuwasch...

Dieser Vertrag zu. Beschlossen wurde, daß die Vertreter von den Sektionsversammlungen gewählt werden...

Die Lohnbewegung der Friseurgehilfen.

beschäftigte eine Versammlung am Montag im großen Saale des Lehrer-Vereinshauses.

In einer Entschließung erklärte die Versammlung einem Tarifabkommen mit dem Inzessendenband der Friseurinnungen...

Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends unter Berücksichtigung einer zweistündigen Mittagspause...

Kerner wurde beschloffen, darauf hin zu wirken, daß für die Friseurgeschäfte der Janusstraße die vollstündige Sonntagsruhe...

Interessengemeinschaft der Kriegsteilnehmer aus der militärischen Postbeamtenauswahl.

Ob- und Vertrauensleute der Gassestraße des Magistrateil Berlin.

Artillerie-Verkaufsort, Spandau, Freitag, vormittags 10 Uhr.

Zur Schließung der Heereswerkstätten.

Arbeiterrat der Pulverfabrik Spandau.

Schildermaler! Öffentliche Versammlung am Freitag abends 7 Uhr.

Friseurgehilfen! Heute abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Berlin.

Aktion, Mitglieder! Am Freitag, den 25. April, vormittags 10 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wislapp.

Verlagsgesellschaft 'Freiheit', e. G. m. b. H., Berlin.

Bekanntmachung.

Gemäß § 6 der Ausführungsbestimmungen vom 1. März 1919...

In den Brothammillionsbezirken 53-55, 57-75, 77-81...

Der Kleinhandelspreis beträgt für 1/2 Kilogramm betriebs 1,40 M.

Berlin, den 28. April 1919.

Teppich, Läufer.

Kaufte, kauft Frau Kfanzberg...

Elektrische Leitungsdrahte...

Elektrische Artikel, Kabel...

Spiralbohrer, Schmalgewalzen...

zu den höchsten Tagespreisen...

Kupferleitungsdrahte.

Kabel, Litzen kauft und...

Kupferleitungsdrahte, Kabel...

Schreibmaschine.

erhalten kauft Schöne, Link...

Metalle, Aktien, Zeitungen...

Lampen, Steinfaschen, kauft...

Produktion-Großhandelsgesellschaft...

Richardstr. 2, Perlsprecher...

Elektrische Leitungsdrahte.

Eigenes Werk, kauft kauft...

Spiralbohrer, vor neu...

Garten, Teppiche, Tischdecken.

Decken, Diwanddecken, Tisch...

Metallbetten, neue, alle...

Küchen, Läden, Lampen.

Küchen, Läden, Lampen...

Wasserklosetts mit Wasser...

Wasserklosetts mit Wasser...